

Monsanto

Monsanto ist der weltweit größte Agrarkonzern und führender Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produziert das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hat beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betreibt mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik. Im September 2016 wurde bekannt, dass **Bayer** den Konzern übernehmen wird.^[1]

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	1
1.1	Deutschland	1
1.2	Europäische Union (EU)	2
1.3	USA	2
2	Fallbeispiele und Kritik	2
2.1	Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	2
2.2	2016: Tribunal gegen Monsanto	4
2.3	2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	4
2.4	2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	4
2.5	2012/13 Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	4
2.6	2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	5
2.7	2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	5
3	Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	5
4	Weiterführende Informationen	5
5	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
6	Einzelnachweise	6

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, seit Februar 2011 Staatssekretär im **Bundeslandwirtschaftsministerium**, hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[2]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins **Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung** (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^[3], ^[4]

Europäische Union (EU)

Mitgliedschaft in Lobbygruppen: [European Seed Association](#), einem Verband der Pflanzenzüchter^[5], [EuropaBio](#), [International Life Sciences Institute \(ILSI\)](#)

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.^[6]
^[7]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[8] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO): "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[9] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf eine Liste des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde. Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR vorläufig keine Gefährdung durch Glyphosat feststellen. Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[10] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren - und dass diese größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden. Die Weltgesundheitsorganisation hatte Glyphosat dagegen als "wahrscheinlich krebserregend" eingestuft. Sollten die zuständigen EU-Behörden dieser Einschätzung folgen, würde das ein Verbot des Wirkstoffs in der EU nach sich ziehen.^[11] Das BfR hat im Januar 2015 einen vertraulichen Bericht über Glyphosat angefertigt, zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände: [Fallbeispiel](#). Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.^[12] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[13]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, das Gift aus dem Sortiment zu nehmen.^[14]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars infomiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[15]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[16] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[17]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^{[18][19]} Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[20] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[21] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht aus Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[22] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Mai 2017 schlug die EU-Kommission den Mitgliedstaaten schließlich vor, die Zulassung um weitere 10 Jahre zu verlängern.^[23] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[24]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde [EFSA](#) bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[25] Die [EFSA](#) begründet - wie das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier hatten die [EFSA](#) daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der [EFSA](#) und der Chemiekonzerne.

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[26]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[27] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von email-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marktöffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[28]

2012/13 Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[29]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen.

Quelle: [\[30\]](#)[\[31\]](#)

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen. Quelle: [\[32\]](#)

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellt im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland ist der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer ist

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): [Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert](#)

- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer kauft US-Saatguthersteller Monsanto](#), Die Zeit, 14. September 2016, zuletzt aufgerufen am 16.9.2016
2. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
3. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#) Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
4. ↑ [<http://www.gkb-ev.de/vereinsintern/satzung-2011.pdf> Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e. V. (GKB) SATZUNG] Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
5. ↑ [Individual Members](#), Website euroseeds, abgerufen am 17.07.2013
6. ↑ Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013
7. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
8. ↑ Zusammenfassung dieser Debatte: [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl, 1.06.2015, zuletzt aufgerufen am 17.07.2015
9. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), Süddeutsche Zeitung, 16.07.2015, zuletzt aufgerufen am 17.7.2015
10. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), Die Welt vom 15.07.2015, zuletzt aufgerufen am 17.7.2015
11. ↑ [Gift und Geld](#), Süddeutsche Zeitung vom 16.07.2015, zuletzt aufgerufen am 17.7.2015
12. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03.12.2015
13. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30.11. 2015, abgerufen am 03.12.2015
14. ↑ [Hornbach verbant Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), Utopia.de, 02.03.2016, zuletzt aufgerufen am 13.04.2016
15. ↑ [Glyphosat: Absprachen zwischen Industrie und EU-Kommission aufgedeckt](#), Deutsches Umweltinstitut München, 16.06. 2016, zuletzt aufgerufen am 23.06.2016
16. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), Webseite "Top-Agrar", 29.06.2016, zuletzt aufgerufen am 30.08.2016
17. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), Webseite "Top-Agrar", 19.08.2016, zuletzt aufgerufen am 30.08.2016
18. ↑ [Echa-Gutachten: Unkrautvernichter Glyphosat nicht krebserregend](#), 15.03.2017, finanztreff.de, abgerufen am 17.03.2017
19. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), 15.03.2017, echa.europa.de, abgerufen am 17.03.2017
20. ↑ [Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 17.03.2017
21. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), 15.03.2017, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.03.2017
22. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), 16.03.2017, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.03.2017

23. ↑ [Umstrittenes Pflanzengift EU-Kommission für erneute Zulassung von Glyphosat](#), mdr.de, 17. Mai 2017, zuletzt aufgerufen am 17.5.2017
24. ↑ [von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 07.12.2017
25. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
26. ↑ [International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion \(pdf\)](#), <http://de.monsantotribunal.org>, 18. April 2017, zuletzt aufgerufen am 17. 5. 2017
27. ↑ [Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), New York Times vom 05.09.2015, nytimes.com, abgerufen am 15.06.2016
28. ↑ [Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais](#), Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
29. ↑ [Silvia Liebrich: Nur ja keine Transparenz Monsanto, Bayer und BASF geben Millionen aus, um Gentechnik-Label zu verhindern](#), Süddeutsche Zeitung vom 23.10.2013
30. ↑ [Saatgut Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert](#), 01.05.2013, aktualisiert am 05.05. 2013, Webseite Deutsche Wirtschafts Nachrichten, abgerufen am 17.07.2013
31. ↑ [William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash](#), 19.12.2012, Website GlobalResearch, abgerufen am 17. 07.2013
32. ↑ [Kommentar Ulrich Müller 15.12.2009: Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau](#), Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 15.07.2013